



Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Herr Jochen Hartloff, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz

17/2454

VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
Ministerbuerö@mffjiv.rlp.de
www.mffjiv.rlp.de

Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
Susanne Amon
susanne.amon@mffjiv.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5186
06131 1617

02.01.18

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-
schutz am 01.02.2017**

TOP 3 „Wertvorstellungen von Flüchtlingen“

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN –
Vorlage 17/678

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,

in der vorgenannten Sitzung hat der Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz zum Tagesordnungspunkt 3 um Überlassung des Sprechvermerkes gebeten. Dieser Bitte kommen wir gerne nach und übersenden den Sprechvermerk als Anlage.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung, Staatssekretärin

Dr. Christiane Rohleder



Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 01.02.2017

TOP 3 „Wertvorstellungen von Flüchtlingen“

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Vorlage 17/678

Sprechvermerk

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um ein Kooperationsprojekt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), des Sozio-ökonomisches Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsförderung (DIW Berlin) sowie des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Ziel der Studie von IAB, BAMF und SOEP ist es, eine umfassende und repräsentative Datengrundlage über die in Deutschland lebenden Flüchtlinge zu schaffen.

Die in der Studie vorgelegten Zwischenergebnisse fußen auf der Befragung von bisher rund 2.350 Geflüchteten, die eine erste repräsentative Stichprobe darstellen. Zum Ende des anhaltenden Forschungs- und Befragungsprogramms soll diese Stichprobe auf 4.500 Personen anwachsen.

Das Projekt ist als Längsschnittstudie angelegt. Das hat zur Folge, dass möglichst viele der Teilnehmenden im Laufe der nächsten Jahre erneut befragt werden. Das genutzte Fragenprogramm umfasste um die 450 Fragen. Die Fragebögen lagen in unterschiedlichen Sprachen vor und bei Bedarf wurde unter Zuhilfenahme von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern befragt.

Befragt wurden erwachsene Personen, die zwischen dem 1. Januar 2013 und dem 31. Januar 2016 nach Deutschland eingereist sind und einen Asylantrag gestellt haben. Die Studie berücksichtigt den individuellen Status der Personen. D.h. an der Befragung nahmen Asylsuchende, Personen mit Zuerkennung einer Flüchtlingseigenschaft und Personen, die sich mit einem negativen Ausgang des Asylverfahrens geduldet in der Bundesrepublik aufhielten, teil.

Die Inhalte der Befragung waren folgenden:

- Fluchtmotive/-ursachen
- Bildung, Sprache sowie Arbeitsmarktaspekte
- Werte und Einstellungen

Die Ermittlung von Einstellungen und Werten ist ein zentraler Aspekt in der vorliegenden Befragung und Ausfluss der Zwischenergebnisse dieser Studie.

Eine erfolgreiche Integration umfasse auch kulturelle Aspekte wie die Aneignung von Fähigkeiten und Wissen einer Gesellschaft, so die Forscherinnen und Forscher. Demgemäß räumen sie der Auswertung zu Fragen nach politischen Werten, geschlechtsspezifischen Rollenerwartungen und dem subjektiven Wohlbefinden großen Raum ein.

Zur Einordnung der Antworten, wurden diese mit Antworten aus einer internationalen Umfrage zu Wertevorstellungen in 100 Ländern – dem sog. World Value Survey (WVS) – verglichen, mit jeweils repräsentativen Umfragen in Deutschland und in Teilen der Flüchtlings-Herkunftsländer. Die Befunde der jetzigen BAMF-IAB-SOEP-Befragung deuten darauf hin, dass es bei Geflüchteten in Deutschland hohe Übereinstimmungswerte mit den Einstellungen der deutschen Bevölkerung gibt, insbesondere im Hinblick auf Demokratie, freie Wahlen, Schutz von Bürgerrechten.

96% der Geflüchteten unterstützen die Aussage, dass „man ein demokratisches System haben sollte“. Ähnlich hoch fällt die Zustimmung der deutschen Bevölkerung aus in dem zum Vergleich herangezogenen World Value Survey.

Rund ein Fünftel (21%) der Befragten stimmen aber auch Aussagen zu, die die Idee betonen, eines „starken Führers, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss“. Allerdings liegt diese Zustimmung bei der deutschen Bevölkerung sogar minimal höher (22%). Auch bei Fragen und Aussagen, was zu einer Demokratie gehöre, lassen sich kaum größere Differenzen zwischen Geflüchteten und Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit feststellen.

96% der Geflüchteten und respektive 92% der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass „Menschen ihre Regierung in freien Wahlen bestimmen

sollen.“ 92% der Geflüchteten und der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass „gleiche Rechte von Männern und Frauen“ ein Bestandteil von Demokratien sind. Groß ist hierbei die Differenz zu den Zustimmungswerten in einem Teil der Herkunftsländer der Geflüchteten (dort Zustimmung zu dieser Aussage: ~ 67%).

93% der Geflüchteten gegenüber 83% der Deutschen sehen „Bürgerrechte als Schutz der Menschen vor staatlicher Unterdrückung“. Unterschiede bestehen bei der Aussage, dass Religionsführer die Auslegung der Gesetze bestimmen sollten. Hier stimmten 13% der Geflüchteten und 8% der Deutschen Bevölkerung zu. Die größere Differenz besteht aber zu den Zustimmungswerten in einem Teil der Herkunftsländer (Zustimmung zur dieser Aussage über 50%). Interessant ist in diesem Kontext auch, dass die „Achtung der Menschenrechte“ am häufigsten als Grund genannt wurde für die Wahl von Deutschland als Zielland (über 73% der Nennungen).

Gemeinsamkeiten zwischen Geflüchteten und Deutschen ergeben sich auch im Hinblick auf Fragen in Bezug auf die Einstellung zu Gleichberechtigung. 86% der Geflüchteten stimmten der Aussage zu „eine Arbeit zu haben ist für eine Frau die beste Möglichkeit unabhängig zu sein“ (Deutsche stimmten zu 72% zu). Andererseits stimmten 29% der Geflüchteten einer Aussage zu, nach der es zu Problemen führe, wenn eine Frau mehr Geld verdient als ihr Partner. Deutsche stimmten hier zu 18% zu.

18% der Geflüchteten und 14% der Deutschen stimmten der Aussage zu, dass für Eltern die Ausbildung der Söhne wichtiger sein sollte als die der Töchter. Bei genauer Betrachtung dieser Werte fällt auf, dass es unter den befragten Männern kaum Unterschiede gibt (19% zu 18%). Unter den befragten Frauen stimmten geflüchtete Frauen (14%) dieser Aussage stärker zu als dt. Frauen (11%).

Zu berücksichtigen gilt es, darauf weist die Studie auch hin, dass es Unterschiede geben kann, zwischen der Zustimmung zu abstrakten Normen und den im Alltag gelebten Werten.

Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung erlaubt einen interessanten Einblick zu verschiedenen Aspekten in der Lebensrealität der zu uns geflohenen Menschen. Bei den jetzt vorgelegten Befunden handelt es sich um Zwischenergebnisse. Die Befragung zeichnet dennoch ein sehr differenziertes Bild der in den letzten drei Jahren nach Deutschland geflüchteten Menschen. Diese Differenzierung ist auch notwendig, denn wenn die Studie eines zeigt, „die Geflüchteten“ als homogene Gruppe gibt es nicht. Diese Befragung leistet durchaus einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung vieler in der Öffentlichkeit vor allem über Flüchtlinge geführter Debatten.

Viele der Befunde in der Studie widersprechen z.T. sehr deutlich gängigen Klischees und kolportierten Meinungen, die diese Debatten in den letzten Monaten bestimmt und geprägt haben. Das heißt natürlich nicht, und das möchte ich zum Abschluss auch noch einmal ganz deutlich betonen, dass wir uns zurücklehnen und sagen „Es ist doch alles gut! Wir brauchen nichts weiter zu tun.“ Im Gegenteil: Wir sollten viele der Befunde als Ansporn begreifen, mit unseren Integrationsbemühungen weiterzumachen.

Es gilt die hohe Motivation, die die Geflüchteten mitbringen für den Integrationsprozess zu nutzen. Es gilt auch weiterhin Integrationsangebote zu machen und die Geflüchteten einzuladen und daran mitzuwirken, damit diese für sich auch Perspektiven in Deutschland aufbauen können. Denn was die Studie auch deutlich hervorhebt: Hier gibt es noch Potential und Luft nach oben, insbesondere beim Thema Arbeitsmarkt- und Ausbildungsbeteiligung gilt es noch einiges an Wegstrecke zurückzulegen. Nicht zuletzt sollten wir uns auch weiterhin dafür einsetzen, für ein tolerantes und solidarisches Rheinland-Pfalz, das Geflüchtete Willkommen heißt. Die Forscherinnen und Forscher von IAB und BAMF gehen davon aus, dass die detaillierteren Auswertungen in der Zukunft noch weitere Erkenntnisse zu Tage fördern werden.